

Niederschrift
über die Sitzung des Betriebsausschusses Umweltbetrieb
am 17.06.2015

Tagungsort: UWB, Eckendorfer Str. 57, Haus C, Kantine

Beginn: 17:00 Uhr

Sitzungspause:

Ende: 18:55 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Thorsten Kirstein

Herr Frank Strothmann

Herr Werner Thole

Herr Steve Wasyliw

Herr Detlef Werner

Vorsitzender

SPD

Frau Dorothea Brinkmann

Herr Sven Frischemeier

Herr Ulrich Götde

Herr Hans Hamann

(bis 18 Uhr)

Herr Detlef Knabe

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gerd-Peter Grün

Herr Dieter Gutknecht

Herr Karl-Ernst Stille

BfB

Herr Lothar Klemme

FDP

Herr Rainer Seifert

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Herr Christian Heißenberg

Von der Verwaltung:

Frau Ritschel

Herr Kugler-Schuckmann

Beigeordnete für Umwelt und Klimaschutz

UWB , Techn. Betriebsleiter

Frau Stücken-Virnau	UWB, Kaufm. Betriebsleiterin
Frau Hauptmeier-Knak	UWB, Leiterin Geschäftsbereich 4
Herr Eweler	UWB, Leiter Geschäftsbereich 6
Herr Finke	UWB, Abteilungsleiter Grünunterhaltung
Herr Malik	UWB, Abschnittsleiter Grünflächenmanagement
Frau Grothe	UWB, Schriftführerin

Von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RSM Verhülsdonk (nur zu TOP 1.1):
Herr Stoffers

Vor Eintritt der Sitzung stellt Herr Werner fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß und fristgerecht erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist. Herr Werner stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Nichtöffentliche Sitzung:

Dauer ca. 30 Minuten.

Herr Werner stellt die Öffentlichkeit der Sitzung her.

Öffentliche Sitzung:

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 7. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am**

Es werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 3 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 8. Sitzung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes am**

Es werden keine Einwände erhoben.

Beschluss:

Die Niederschrift wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- Bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 4 **Jahresabschluss 2014**

Zu Punkt 4.1 **Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2014 des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld und Beschlussfassung über die Ergebnisverwendung sowie die Entlastung der Betriebsleitung und des Betriebsausschusses**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1538/2014-2020

Herr Werner gibt den Ausschussmitgliedern Gelegenheit Fragen zu stellen.

Herr Thole fragt nach, wie hoch die Ergebnisabführung in den nächsten Jahren sein werde. Er fragt darüber hinaus, welche Folgen es hätte, wenn der kalkulatorische Zins weiter gesenkt würde.

Frau Stücken-Virnau weist darauf hin, dass im Lagebericht (Anlage 4, Seite 5) die geplante Ergebnisabführung der nächsten Jahre aufgeführt sei. Bei der derzeitigen Zinsentwicklung sei davon auszugehen, dass der kalkulatorische Zins weiter gesenkt werde. Die Kämmerei habe jedoch zugesagt, dass wenn sich die Senkung des kalkulatorischen Zinssatzes auf die Gewinnsituation des UWB auswirke, die Gewinnabführung in gleichem Maße gesenkt würde.

Die Ausschussmitglieder fassen folgenden

Beschluss:

1. **Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld stellt die Entlastung der Betriebsleitung fest.**
2. **Der Betriebsausschuss des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld / der Finanz- und Personalausschuss empfehlen dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:**
 - 2.1 **Der Rat der Stadt Bielefeld nimmt vom Ergebnis der von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft RMS Verhülsdonk GmbH vorgenommenen Pflichtprüfung des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld für das Geschäftsjahr 2014 Kenntnis und stellt den Jahresabschluss mit einer Bilanzsumme von 662.715.812,99 € (Anlage 2) und einem Jahresgewinn in Höhe von 17.461.182,75 € (Anlage 3) in der geprüften Form fest. Der Jahresgewinn ist entsprechend der Sparten-Ergebnisse gem. Anlage 1 zu verwenden.**
 - 2.2 **Der Rat stellt die Entlastung des Betriebsausschusses des Umweltbetriebes der Stadt Bielefeld fest.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5

Mitteilungen

Herr Werner weist auf die Liste mit den Bautätigkeiten an Kanälen in den Monaten Juni 2015 bis September 2015 hin.

Beschluss:

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 6

Anfragen

Zu Punkt 6.1

Anfrage der FDP-Fraktion zu Kanalbauarbeiten auf der

Brackweder Hauptstraße

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1697/2014-2020

Frau Hauptmeier-Knak erklärt, dass die Überlegungen zu Gleis- und Straßenbauarbeiten an der Brackweder Hauptstraße seit längerer Zeit bekannt seien. Ihres Wissens gäbe es bisher jedoch keine konkreten Planungen. Dennoch seien vor diesem Hintergrund bereits vor einigen Jahren die Kanäle untersucht und auf einer Länge von 450m grabenlos saniert worden. Weitere Bautätigkeiten an den Kanälen seien nicht erforderlich, sodass der UWB nicht in offener Bauweise tätig werden würde.

Herr Seifert fragt nach, ob eine Tieferlegung der Straße um 30 cm aufgrund der vorhandenen Kanäle im Bereich der Normannenstraße technisch möglich wäre.

Frau Hauptmeier-Knak antwortet, dass vermutlich nicht die Kanäle, sondern andere Versorgungsleitungen hinderlich seien könnten. Sie gehe davon aus, dass im Hinblick auf die Kanäle eine Tieferlegung um 30 cm unproblematisch wäre.

Beschluss:

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 7

Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

Zu Punkt 8

Festlegung von Pflegeleveln und Pflegeplänen im öffentlichen Grün

Bericht zum Projekt Pflegepläne - Vorstellung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1649/2014-2020

Herr Werner teilt zum Verfahren mit, dass bereits besprochen worden sei, dass das Thema im nächsten Schritt in die Bezirksvertretungen eingebracht werde und der BUWB anschließend über die Stellungnahmen der Bezirksvertretungen informiert werde. Er bittet zunächst Herrn Eweler in die Thematik einzuleiten.

Herr Eweler fasst die Entwicklung des Projekts zusammen. Er erklärt, dass der Ausgangspunkt für die Erarbeitung der Pflegepläne die Organisationsuntersuchung des Geschäftsbereichs Stadtgrün und Friedhöfe durch das externe Beratungsbüro Dr. Steidle Consult aus München gewesen sei. Der UWB sei im Anschluss an das

Organisationsgutachten vom Rat beauftragt worden, ein „Bielefelder-Modell“ zu entwickeln. Er weist darauf hin, dass im letzten Jahr ein Zwischenbericht über die Entwicklung des Projekts vorgestellt worden sei, nun könne ein Ergebnis präsentiert werden.

Herr Eweler, Herr Finke und Herr Malik stellen das Grünflächenkonzept anhand einer Powerpoint-Präsentation vor (Hinweis: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 2 beigelegt). Herr Eweler weist darauf hin, dass neben der Präsentation auch alle Pflegepläne in digitaler Form zur Verfügung gestellt werden können.

Während der Präsentation werden verschiedene Nachfragen der Ausschussmitglieder beantwortet.

Herr Hamann fragt nach, ob die Grünpflege eine Pflichtaufgabe sei. Er fragt darüber hinaus, ob mit dem Haushaltsplanansatz die Voraussetzung geschaffen worden sei, diese Aufgabe zu erfüllen.

Herr Eweler bestätigt, dass es sich um eine Pflichtaufgabe handele. Er erklärt, dass z. B. nach der aktuellen Rechtsprechung die Verpflichtung bestehe, alle Bäume zweimal jährlich zu kontrollieren. Die personellen Voraussetzungen zur Umsetzung der Vorgaben seien mit dem Haushaltsplanansatz geschaffen worden.

Herr Werner fragt nach, ob somit die Verkehrssicherheit gewährleistet werden könne.

Herr Eweler teilt mit, dass er davon ausgehe, dass die Verkehrssicherheit gewährleistet werden könne, wenn die geplanten Stellen besetzt und die organisatorischen Veränderungen umgesetzt seien.

Herr Hamann fragt, wie flexibel das System sei. Er habe Bedenken, dass durch die Beratung in den Bezirksvertretungen weitere Flächen hinzugezogen würden und daraufhin mehr Personal gefordert werde.

Herr Eweler antwortet, dass in der Personalberechnung eine Pufferzone für begrenzte Sonderleistungen berücksichtigt worden sei. Darüber hinaus können die Arbeitsraten, die in den Pflegeplänen abgebildet seien, verändert werden. Es sei möglich, die Pflegeintervalle zu verändern und die daraus resultierende Auswirkung auf den Personalbedarf zu simulieren.

Frau Ritschel ergänzt, dass ausgehend vom Organisationsgutachten die Vereinbarung getroffen worden sei, dass neu hinzugezogene Flächen auch neues Unterhaltungsgeld benötigen, das wiederum in neues Personal investiert würde. Intention der Arbeit sei, dass für die Bezirksvertretungen nachvollziehbar werde, welcher Ist-Zustand herrsche und welche Auswirkung ein Sonderwunsch habe bzw. an welcher Stelle im Gegenzug auf eine Leistung verzichtet werden müsse. Das Prinzip könne mit einem Budget verglichen werden, dass für alle Bezirke gedeckelt sei.

Herr Frischmeier fragt, ob die „Pufferzone“ beispielsweise auch für

Reparaturarbeiten vorgesehen sei.

Herr Eweler antwortet, dass Reparaturen ohnehin in der Berechnung berücksichtigt worden seien, da die Berechnungsgrundlage auf dem Durchschnitt mehrerer Jahreswerte basiere. Er stellt noch einmal heraus, dass in den Pflegeplänen lediglich der Ist-Zustand dargestellt worden sei. Veränderungen im Ist-Zustand seien nur in Form eines Austauschs möglich.

Herr Stille bittet in die Sitzung der BV Brackwede eine Übersicht mitzubringen, aus der ersichtlich wird, welche Leistungen in den einzelnen Pflegeleveln erbracht werden.

Herr Eweler weist darauf hin, dass in den Bezirksvertretungen ein konkreter Pflegeplan vorgestellt werde, anhand dessen zu erkennen sei, wie sich die Pflege in den einzelnen Leveln darstelle. Die Folien würden allen zur Verfügung gestellt.

Herr Eweler teilt zum Ende der Präsentation zusammenfassend mit, dass das vorgestellt „Bielefelder-Modell“ die Ist-Werte der Grünpflege abbilde, wie sie derzeit durchgeführt werde. Mit dem vorhandenen Personal und dem zusätzlich eingeplanten Personal sei es möglich, die Flächen im Ist-Bestand in der dargestellten Weise zu pflegen.

Herr Werner dankt für die Präsentation und gibt den Ausschussmitgliedern Gelegenheit Fragen zu stellen.

Frau Brinkmann fragt zum weiteren Verfahren, ob eine Projektgruppe für jeden Bezirk oder eine Projektgruppe für alle Bezirke vorgesehen sei.

Herr Eweler erklärt, dass der Vorschlag sei, für jede BV eine Projektgruppe einzurichten. Aus seiner Sicht wäre es sinnvoll mit der Diskussion in den Projektgruppen zu beginnen, danach in den Bezirksvertretungen zu beraten und im Anschluss eine Zusammenfassung im BUWB vorzustellen.

Herr Stille weist darauf hin, dass anhand des vorhandenen Kartenmaterials die Grenzziehung zwischen städtischen Flächen und Bahnflächen bzw. anderen privaten Flächen schlecht zu erkennen sei. Er fragt, ob die Möglichkeit bestehe, sich in Detailfragen kundig zu machen.

Herr Eweler antwortet, dass dies möglich sei. Er schlägt vor, Detailfragen in den Projektgruppen der Bezirksvertretungen zu klären, da dort die Flächen am besten bekannt seien.

Herr Stiesch fragt, ob das Ziel verfolgt werde, dass nur in dem Umfang gepflegt werde, der von den Bezirken bezahlt werden könne.

Herr Eweler entgegnet, dass dem nicht so sei. Wenn die Pflegeplanung endgültig – auch politisch – abgestimmt sei, müsse es dennoch eine Neuordnung der Mittel geben. Dabei müsse es sowohl um die Frage der Mittelverschiebung zwischen den Bezirken gehen wie auch um die gesamte Finanzierung des Geschäftsbereichs Stadtgrün und Friedhöfe.

Herr Stiesch fragt nach, wieso die Bezirke unterschiedlich weit von einer kostendeckenden Finanzierung entfernt seien.

Herr Eweler erklärt, dass die Flächen mit den tatsächlichen Mittelzuweisungen nicht mehr übereinstimmen. Die Mittelzuweisungen seien anhand eines inzwischen überholten Flächenschlüssels berechnet worden.

Herr Gödde fragt, ob schon einmal über eine energetische Verwertung der Biomasse nachgedacht worden sei, die bei der Pflege der Grünflächen entstehe.

Herr Eweler erläutert, dass grundsätzlich über alle Möglichkeiten nachgedacht werde, um das vorhandene Material gewinnbringend zu verwerten. Man stehe bei den Überlegungen jedoch noch am Anfang. Herr Finke führt als Beispiel ein Abkommen mit den Stadtwerken über die Verwertung von Holzmaterial an, durch das Einnahmen generiert würden.

Frau Ritschel fasst abschließend zusammen, dass eine gute Vorarbeit insbesondere im Hinblick auf das Thema Transparenz geleistet worden sei. Sie appelliert, in den weiteren Diskussionen nicht zu sehr ins Detail zu gehen, da andernfalls das sehr umfangreiche System blockiert würde. Ziel müsse sein abzustimmen, ob das System grundsätzlich Akzeptanz finde.

Die Ausschussmitglieder fassen folgenden

Beschluss:

Dem vorgeschlagenen Verfahren wird zugestimmt. Der BUWB wird über das Ergebnis der Beratung in den Bezirksvertretungen vor der Sitzung des AfUK informiert.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Stellungnahme zum Entwurf "Bewirtschaftungsplan 2016 - 2021, Maßnahmenprogramm und Steckbriefe der Planungseinheiten für die Gewässer und das Grundwasser in NRW zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie"

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1566/2014-2020

Frau Ritschel erläutert zum thematischen Hintergrund, dass die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie eine große Aufgabe sei. Die Wasserrahmenrichtlinie setze gute Maßstäbe, was den ökologischen Zustand der Gewässer angehe. Der Umweltbetrieb sei vom kommenden Bewirtschaftungsplan stark betroffen, da der Schwerpunkt auf dem Thema Abwasser liege. Es bestünden einige Schnittstellen zum

Abwasserbeseitigungskonzept, dass sich derzeit in der Fortschreibung befinde.

Ohne weitere Aussprache fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Der Stellungnahme der Stadt Bielefeld an die Bezirksregierung zum Bewirtschaftungsplan 2016 – 2021 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10 Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 10.1 Sanierung der Weser-Lutter (ständiger TOP)

Herr Kugler-Schuckmann stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation die ersten Ergebnisse aus der Projektgruppensitzung zum Park der Menschenrechte vor. (Hinweis: Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt)

Herr Kugler-Schuckmann teilt darüber hinaus mit, dass für den 18.06.15 ein Pressetermin zur Luttersanierung an der Baustelle Ravensberger Straße angesetzt sei.

Beschluss:

- Der Ausschuss nimmt Kenntnis. -

Zu Punkt 10.2 Bericht zum Fuhrpark des Umweltbetriebes

Frau Stücken-Virnau weist darauf hin, dass vor der Sitzung eine Übersicht mit allen Fahrzeugen des UWB verteilt wurde und stellt die Liste vor. Sie erklärt, dass die Angabe der Betriebsstunden nicht – wie gewünscht – möglich gewesen sei, da nicht alle Fahrzeuge über Zähler verfügen.

Herr Strothmann dankt für die Übersicht und erklärt, dass die Aufstellung in dieser Form ausreichend sei. Er bittet darum, die Liste in digitaler Form zu versenden.

Herr Seifert fragt, wieso ein Fahrzeug, das der UWB nutzt, das Kennzeichen OHZ haben.

Herr Kugler-Schuckmann erklärt, dass es sich um ein geleastes Fahrzeuge handle. Um eine neue Technik zu testen, würden zum Teil Fahrzeuge für ein Jahr mit Kaufoption geleast. Diese Fahrzeuge seien allerdings in der Liste nicht aufgeführt.

Frau Brinkmann fragt, ob grundsätzlich geprüft werde, ob der Kauf oder

das Leasen eines Fahrzeugs günstiger wäre.

Herr Kugler-Schuckmann antwortet, dass die Kosten grundsätzlich verglichen würden.

Die Ausschussmitglieder einigen sich darauf, den TOP in der nächsten Sitzung noch einmal aufzurufen, um mögliche Fragen, die bei näherer Betrachtung der Übersicht aufkommen, zu klären. Die Liste wird per E-Mail an alle Ausschussmitglieder verschickt.

Beschluss:

**-Der Ausschuss nimmt Kenntnis und stimmt dem
Verfahrensvorschlag einstimmig zu.-**

Detlef Werner
Vorsitzender

Andrea Grothe
Schriftführerin